

KOMMENTAR

VON DIETMAR MASCHER



Härtefall Bürokratie

Beginnen wir mit dem Positiven: Das Nachbessern der Bundesregierung im Bereich des Härtefallfonds für die vielen Selbstständigen zeugt von einer gewissen Lernfähigkeit. Nachsatz: Es war aber höchste Zeit. Natürlich war es für die Regierung nicht einfach, rasch ein Hilfsprogramm für alle Betriebe auf die

Höchste Zeit, dass die Regierung nachbesserte

Beine zu stellen (Kurzarbeit, Hilfsfonds, Härtefallfonds), weil es dafür keine Blaupause gab.

Im Vergleich zu Ländern wie der Schweiz war aber auffällig, dass in Österreich die Bürokratie selbst für viele zum Härtefall wurde. Dass die Formulare viel zu aufwendig und die notwendigen Informationen nicht so einfach zu eruiieren waren, darauf haben etwa Steuerberater früh hingewiesen, die sich täglich für ihre Klienten um Geld bemühten. Sie haben nicht zu Unrecht gefragt, warum man nicht zentral über die Finanzbehörden abwickelt, die ohnehin die meisten Daten vorrätig hat. Und wenn dann „Unterstützungsbeträge“ von 18,80 Euro herauskamen, fühlten sich die Betroffenen zu Recht getrotzelt.

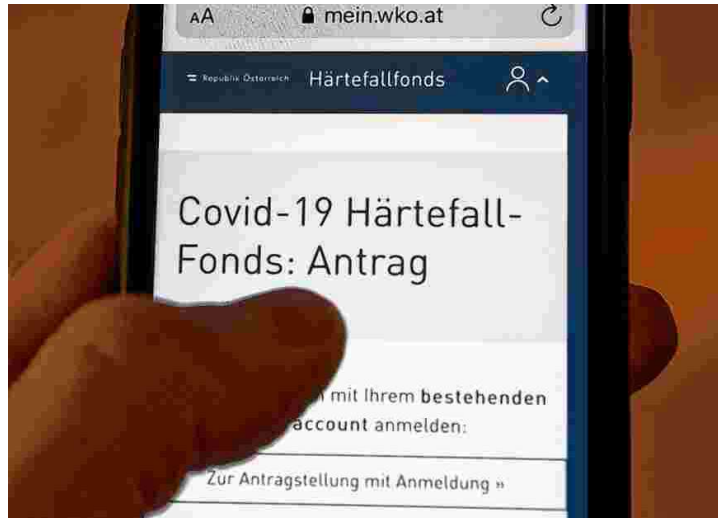
d.mascher@nachrichten.at

ÜBERBLICK

„Beratung ist nicht mehr Monopol des Geschäfts“



WIEN. Händler hätten bei der Digitalisierung viel Luft nach oben, geht aus dem Omnichannel Readiness Index des Handelsverbands hervor. Der Onlineshop müsse der digitale Zwilling der Filiale werden und auch gute und rasche Beratung anbieten, sagte Handelsverbandschef **Rainer Will**. Beispiele seien die Baumärkte Hornbach und Obi.



Selbstständige sollen schon in den nächsten Tagen mehr Geld aus dem Härtefallfonds bekommen.

Foto: APA

Härtefallfonds: Nach Kritik bessert die Regierung nach

Mindestzahlung wird auf 1000 Euro pro Monat aufgestockt

WIEN/LINZ. Ein Unternehmerlohn von 8,80 Euro im Monat? Das Ergebnis mancher Prüfung von Anträgen beim Härtefallfonds hat für einige Unternehmer wie Hohn geklungen. Der Fonds, der den Unternehmern den Ausfall des Unternehmerlohns ersetzen sollte, war in den vergangenen Wochen auf massive Kritik gestoßen. Nicht nur bei der Wirtschaftskammer, die für die Abwicklung zuständig war, häuften sich die Beschwerden.

Nun hat die Regierung nachgebessert. Finanzminister Gernot Blümel sagte nach der gestrigen Ministerratssitzung, dass der Betrachtungszeitraum ausgeweitet werde. „Damit wollen wir auf das hören, was wir vielfach von Unternehmen zu hören bekommen haben, nämlich dass es sich nicht ausgeht“, sagte Blümel.

Bisher lag der Betrachtungszeitraum bei sechs Monaten, innerhalb derer drei beliebige Monate für die Beantragung gewählt werden konnten. Dieser Zeitraum wird nun auf neun Monate erweitert. In diesen neun Monaten können nun sechs beliebige Monate gewählt werden. Die Anträge können im Zeitraum von Mitte März bis Mitte Dezember monatweise gestellt werden.

Der „Comeback-Bonus“ von 500 Euro im Monat – also insgesamt maximal 3000 Euro pro Antragsteller – gelte für alle, die in Phase 2 Anspruch auf Zahlungen aus dem Härtefallfonds hatten, so das Finanzministerium. Ist ein Antrag bereits abgeschlossen, werde der Bonus automatisch ausgezahlt. Dies solle „im Laufe der nächsten Woche“ passieren, sagt Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer.

Automatisch erfolge auch die Aufstockung des Förderbetrags auf mindestens 500 Euro. Diese

steht allen Antragstellern zu, die „durch die Gegenrechnung von Nebeneinkünften und Versicherungsleistungen von über 1500 Euro netto einen Förderbetrag von unter 500 Euro monatlich erhalten haben“, heißt es in Unterlagen des Finanzministeriums.

Die Mindestauszahlung pro Monat betrage damit (inklusive der Aufstockung bei Minimalbeträgen und Comeback-Bonus) 1000 Euro, so Blümel. Bei voll ausgeschöpftem Comeback-Bonus und einem durch das Coronavirus bedingten Umsatzausfall sei damit eine Förderung über den Härtefallfonds von bis zu 15.000 Euro möglich.

„Wir haben von Anfang an darauf gedrängt, beim Härtefallfonds großzügiger zu agieren. In Österreich wurden in der Phase 2 des Fonds 24.600 Anträge eingebracht“, sagt WKO-Präsidentin Doris Hummer.

„Kurzarbeit für unsere Kühe gibt es leider nicht“

WIEN/LINZ. 6600 Milchbetriebe gibt es noch in Oberösterreich. Jahr für Jahr werden es weniger. Bei einer Pressekonferenz am Mittwoch forderte Oberösterreichs Landwirtschaftskammer-Präsidentin Michaela Langer-Weninger einmal mehr einen „Schulterschluss“ entlang der Wertschöpfungskette von den Bauern über die Supermärkte bis zu den Konsumenten. „Wir können unsere Kühe leider nicht in Kurzarbeit schicken, sie produzieren die gleiche Milchmenge“, sagte Langer-Weninger, die selbst eine Milchbäurin ist. Sie übte Kritik an Preiskontrollen im Handel mit ausländischen Molkereiprodukten. „Eine große heimische Lebensmittelkette verkaufte fünf Packungen Butter für jeweils 99 Cent. Solche Billigimporte sind für uns ein Schlag ins Gesicht.“

Coronabedingt sei der Druck auf die Betriebe zusätzlich gestiegen. Die Sperrung von Hotels, Gastronomie und Kantinen sowie ein Rückgang beim Export hätten die Umsätze der heimischen Milchwirtschaft in den vergangenen zweieinhalb Monaten einbrechen lassen. Das Absatzplus von rund elf Prozent im Handel (laut Daten der Agrarmarkt Austria, AMA) konnte daran nichts ändern.

Das Umsatzminus würde je nach Molkerei bis zu 26 Prozent betragen, sagte der Präsident der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter und Chef der Kärntnermilch, Helmut Petschar. Der Molkereiverbands-Chef sieht in der Krise aber auch „eine Chance für die Milchwirtschaft“. Bio und Regionalität gewinnen an Bedeutung. Auch die Direktvermarktung und Bauernläden würden aktuell einen Aufschwung erleben. (viel)



Michaela Langer-Weninger (Schwarzl)

Lufthansa-Rettungspaket liegt vorerst auf Eis



FRANKFURT. Die Lufthansa hat die Entscheidung über das milliardenschwere Rettungspaket des deutschen Staates verschoben. Der Aufsichtsrat der Fluglinie (im Bild Vorsitzender **Karl-Ludwig Kley**) sieht in den erwarteten EU-Auflagen eine Schwächung der Drehkreuz Frankfurt und München. Nun müsse man Alternativszenarien prüfen, hieß es gestern.

FACC-Kunde eHang bekommt erste Lizenzen

GUANGZHOU/RIED. Der chinesische Hersteller von autonom fliegenden Quadroptern, der bei FACC seine Fluggeräte fertigen lässt, hat als erstes Unternehmen weltweit die Lizenz zum kommerziellen Betrieb von Gütertransport (in China) erhalten. In Europa wird diese erst für 2025 erwartet.

Urteil gegen Peugeot: „Das hat EU-weit Signalwirkung“

Josef Schirak, Sprecher der heimischen Fahrzeughändler, sieht das „Diktat der Hersteller begradigt“

VON MARTIN ROITHNER

LINZ/WIEN. Hohe Wellen schlägt ein Urteil des Wiener Kartellgerichts in der Automobilbranche. Das Gericht verurteilte Peugeot nicht rechtskräftig wegen Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung gegenüber Händlern, etwa bei der Preisgestaltung. Wie berichtet, hatte der oberösterreichische Händler Büchl geklagt. Josef Schirak, Sprecher von rund 3000 heimischen Händlern, nimmt nun die Hersteller in die Pflicht.

Wie ist dieses Urteil aus Ihrer Sicht zu werten?

Schirak: Das Diktat der Hersteller wurde nun begradigt. In den vergangenen zehn, 15 Jahren hat sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Hersteller verschoben. Es ist kein Sieg der Händler gegen Hersteller oder Importeure, aber ein klarer Rechtspruch Dritter.

Inwieweit wirkt das Urteil über die Ländergrenzen hinaus?

Das hat EU-weit Signalwirkung. Früher gab es schon einige Prozesse von Händlern gegen Hersteller, weil sie sich ungerecht behandelt fühlten. Fast immer lief es auf einen Vergleich hinaus. Nun haben wir mit Büchl einen Fall, bei dem Ungerechtigkeiten aufgezeigt wurden. Dabei geht es um Beschränkungen bei der Preisgestaltung, Vorgaben bei Schauräumen oder überhöhte Verkaufsziele.

Müssen jetzt Tausende Händlerverträge in Österreich geändert werden?

Sie gehören auf jeden Fall angepasst. Denn die Lage ist alles andere als rosig. Die durchschnittlichen Margen für Händler liegen bei 0,8 Prozent, das reicht bei Weitem nicht. Viele fahren im roten Bereich. Die Corona-Krise hat die Situation noch verschärft.



„In den vergangenen zehn, 15 Jahren hat sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Hersteller verschoben.“

Josef Schirak, Sprecher des Kfz-Einzelhandels in der Wirtschaftskammer Österreich

Mercedes-Benz stellt 2021 auf Direktvertrieb und einheitliche Preise in Österreich um. Bei Händlern bleiben Beratung, Testfahrten und der Abschluss des Kaufvertrags. Glauben Sie, dass diesem Beispiel nun weitere Autohersteller folgen werden?

Bei manchen liegen diese Pläne schon in der Schublade. VW macht das in Teilen Deutschlands mit E-Autos. Wenn die Händler eine Spanne erhalten, von der sie leben können, dann ist diese Vorgehensweise in Ordnung. Tatsache ist aber auch, dass die Hersteller nicht ohne Händler oder Werkstätten leben können. Ich schätze, 70 Prozent der Autos werden in Österreich über Händler verkauft, der Rest im Direktverkauf.

Das Urteil gegen Peugeot ist erstinstanzlich und nicht rechtskräftig. Peugeot kündigt Berufung an. Wer wird in dem Streit zwischen Herstellern und Händlern den längeren Atem haben?

Was schlussendlich rauskommt, wage ich nicht zu prophezeien. Aber dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, hat das Urteil nun gezeigt. Das können die Hersteller nicht mehr ignorieren.